

Nagold

läums

en Angehörigen auf
ds 5 Uhr

erhältlich, woselbst
eder gebeten, recht

ang Punkt 5 Uhr.
Ausschuss.

Musik

jsstücke

ng, Nagold.

381er

echung auf Freitag
zimmer des Gasth.

1870

inladung.

ichen Verbindung ge-
Freunde und Bekannte

November 1921

in Schillingen freund-

ath. Rauschenberger

Tochter des
Chr. Rauschenberger
Bauer.

1 Uhr. —

besonderen Einladung
nehmen.

1870

h, den 9. Nov. 1921.

ngung.

erglicher Teilnahme,
stetiger Heben Frau und

told, geb. Schnon

en Frau- und Blumen-
en Gang des Gefangs
he Bräutigamsleitung von
nfern in die Hand.

Sinterbleiben.

3. Jahrgang
Nagold, 1921

Preis 12 Pfennig
Nagold, 1921

Preis 12 Pfennig
Nagold, 1921

Der Gefellschafter

Amis- und Anzeigeblass für den Oberamtsbezirk Nagold

Nagolder Tagblatt

Erste Jahrgang

Druck von H. M. Müller (H. M. Müller) Nagold. Verantwortlich für die Schriftführung: H. M. Müller.

Nr. 263

Donnerstag den 10. November 1921

95. Jahrgang

Württembergische Landwirtschaftskammer.

In der, wie bereits gestern gemeldet wurde, am Dienstag erfolgten Sitzung der württembergischen Landwirtschaftskammer behandelte Präsident Kuhn die Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Verhältnisse, des Bodens und die Bedeutung einer geordneten und angelegenen Landwirtschaft für das Staatsgüter. In Erweiterung auf die Ausführungen des Präsidenten zum Abgeordneten Vogt-Göckler auf die Kammerungssitzung in Württemberg zu sprechen. Persönlich habe er gegen den neuen Ernährungsmittel nicht vorgebracht. Aber die württembergische Landwirtschaftskammer sollte doch erklären, daß es eine Notwendigkeit ihrer Beschäftigung bedeutet, wenn ein Parteimann der Landwirtschaft vorgelegt wird. Die Landwirtschaftskammer hat bei der Kammerungssitzung im Vorjahr und bei der gemeinsamen Diskussion bewiesen, daß sie ein warmes Herz für die Landwirtschaft haben. Der Bericht des Präsidenten habe trotz der denkbar schlechtesten Kammerungssitzung 500 Jir. zum ermäßigten Preis zur Verfügung gestellt; außerdem 15—1600 Jir. Getreide zu herabgesetzten Preisen. Die württembergische Landwirtschaftskammer darf nicht wie in den letzten Tagen so wenig Rücksicht auf die Landwirtschaft nehmen. Ich hoffe, daß es dem neuen Ernährungsmittel gelingt, was Dr. Schall nicht gelungen ist: die Kammer im Ober- und Unterland einzeln zu machen, nur dann wird die Regierung auf uns hören. (Beifall.) Präsident Kuhn gab der Hoffnung Ausdruck, daß Herr Kell als Landwirtschaftsminister, der er sei, zu seiner alten Stelle zurückkehren und daß so ein auf der Grundlage des Vertrauens beruhendes Verhältnis entstehen möge. Holzhauer Greis. Deutsch besaß namens der freigelegten landwirtschaftlichen Arbeiter, daß Herr Kell das Vertrauen der württembergischen Landwirtschaft habe. An den Preisverhandlungen seien auch die Landwirtschaftskammer. Die Preisverhandlungen hätten gezeigt, daß es an den Landwirtschaftskammer fehlt. Vogt-Göckler erwähnte noch auf die Ausführungen des Abgeordneten, daß ein Minister, der in der Öffentlichkeit den Landwirtschaftskammer als die billige Organisation der Landwirtschaft bezeichnet, bei der Landwirtschaft kaum Vertrauen haben könne und Abg. Dingler-Gallo stellt Behauptungen von Greis über die Preisverhandlungen richtig. Diese ganze Debatte wird von Abg. Hermann. Man sieht lebhaft bezeugt und von ihm Übergang zur Tagesordnung beantragt. Direktor Strödel von der Landwirtschaftskammer berichtet hierauf über einen Grundplan für Wirtschaftskammer und die Einrichtung von Beiratsstellen. Der Zweck dieser ist, die landwirtschaftliche Beratung der Betriebe zu steigern und auf die Nachbarschaft durch das Beispiel zu wirken. Der Plan wurde genehmigt. Direktor a. D. Strödel erstattet Bericht über einen Plan für die Württembergische Landwirtschaftskammer. Die Ausbildung soll in gut geleiteten, von der Landwirtschaftskammer als Landwirtschaftskammer anerkannten Betrieben erfolgen und die Prüfung durch die Landwirtschaftskammer vorgenommen werden. Auch dieser Grundplan fand Annahme. Aus dem Bericht von Direktor a. D. Strödel über Lehrtätigkeiten und Lehrtätigkeiten ist hervorzuheben: Immer deutlicher zeigt sich, daß der Erfolg im landwirtschaftlichen Betrieb in erster Linie abhängt von der Geschäftsfähigkeit des Betriebsleiters. Es muß daher durch den Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen gefördert werden. Die praktische Ausbildung der jungen Leute hat wie bei anderen Gewerben in der praktischen Lehrtätigkeit zu erfolgen. Das Ergebnis der praktischen Anlagen soll deshalb durch eine Lehrtätigkeit festgestellt werden. Sechs solche Lehrtätigkeiten mit 25 Lehrlingen wurden in diesem Sommer in der Landwirtschaftskammer abgehalten. Die Prüfung fand auf einem Gut statt und dauerte den ganzen Tag. Die Lehrlinge hatten ihre Arbeiten durch praktische Arbeiten in Stadt, Schuler, Fruchtboden und Feld zu zeigen und mühten Auskunft über die von der Kommission gestellten Fragen geben. Damit ist ein guter Anfang in den Lehrtätigkeiten gemacht.

Professor Wacker Hohenheim beantwortete die Ausführungen und betonte den Wichtigkeit, daß in Hohenheim wohl sehr gute Diplompfeifen gemacht werden, daß die Kandidaten aber von der Praxis der Landwirtschaft keine Ahnung haben. Meller-Stan-Höbinger brachte folgenden Antrag ein: Die Landwirtschaftskammer wolle durch den Ausschuss für Arbeiterfragen prüfen, ob nicht auch für landwirtschaftliche Arbeiter eine entsprechende Prüfung eingeführt werden könne. — Die Uebernahme der Kammerungssitzung wurde einstimmig genehmigt. Die Landwirtschaftskammer wird sich an der Ausstellung des Landes Hauptverbandes im Februar 1922 in Stuttgart, ferner an der im Mai in Wiesbaden stattfindenden Ausstellung der Deutschen Bauernvereine und an der im Juni stattfindenden Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Nürnberg beteiligen. Ueber die Festlegung von Normalpreisen berichtete Direktor Strödel. Es wird empfohlen, bei Hofstätten 1/2 des Durchschnittspreises zu Grunde zu legen, also etwa 3 Jir. Weizen für 1 Schein. Die Einzelheiten einer Vereinbarung zwischen Hofstätten und Hofstätten sind bereits bekanntgegeben.

Die landwirtschaftlichen Frauenvereine werden im Bedarfsfall von der Landwirtschaftskammer finanziell unterstützt. Die Einrichtung einer neuen Frauenvereine soll gefördert werden, durch Uebernahme des Schulbetriebs und der

Anstellung der Lehrerinnen durch die Kammer. Gegenüber a. D. Kuhn eine Erklärung der Landwirtschaftskammer. (11) Landwirtschaftskammer. Bericht über die Beschaffung des landwirtschaftlichen Betriebs. Die in Württemberg bestehenden Institute zur Beschaffung des Kreditkredits, Kreditkredits, Landes- und Oberamtskreditkredits, die landwirtschaftlichen Kreditkredits und Darlehenskassenvereine bieten ein vorzügliches Mittel einer geordneten Kreditkredits. Vizepräsident Hornung und Kuhn-Hausch unterstützen diese Ausführungen und wenden sich dagegen, daß die Landwirtschaft in Geldsorgen sich an die Großbanken wenden. Abg. Ganser-Baupheim bespricht, daß die Bauern Tausende für Wädel und Kleidungsstücke ausgeben, statt ihr Geld bei den Genossenschaften anzulegen. Ueber kurz oder lang trete eine Wendung in der landwirtschaftlichen Kreditkredits ein und dann sei Geld nicht. Auch das Gerede werde von den Landwirtschaftskammer vernachlässigt. — Nach weiteren Bemerkungen wurde abgebrochen und die Beratung auf Mittwoch vorzeitig verlegt. Dabei wird die Stellungnahme zu den neuen Reichssteuerplänen von besonderer Bedeutung sein.

Deutschland und die Washingtoner Konferenz.

Der Reichsaussenminister a. D. Dr. Rosen beschäftigt sich in der Deutschen Allgemeinen Ztg. mit den Problemen, die der Washingtoner Konferenz zugrunde liegen. Ueber die Erwartungen, die man der Konferenz entgegenbringt, äußert sich Dr. Rosen: Was wird die Washingtoner Konferenz Deutschland bringen? Sie wird ihm eine Erleichterung bringen der Lasten, unter denen es zusammenzubrechen droht. Es wäre falsch, von vornherein jede Hoffnung aufzugeben. Es besteht noch immer die Möglichkeit, daß die Kriegsschulden der Alliierten von Amerika niedergeschlagen oder doch wesentlich nachgelassen werden und daß diese dann auf die deutschen Reparationszahlungen vergrößert werden, oder sie wenigstens einer Revision unterliegen. Wir wollen darum auf Washington noch keine weitgehenden Hoffnungen setzen und uns keiner Erwartung hingeben, wie sie anlässlich der Konferenz von Spa ein großer Teil des deutschen Volkes gehabt hat. Wir müssen immer denken, daß auf der Konferenz Männer wie Lloyd, Brand und Bailew (der Vater der Genfer Entscheidung über Oberschlesien) sind. Da uns eine Einwirkung auf den Verlauf der Konferenz verweigert ist, bleibt uns nichts anderes übrig, als wieder einmal abzuwarten und zwar ohne Illusionen, aber auch ohne grundsätzliche Ablehnung der Stellungnahme, eines nur ist klar: wenn der unter den Folgen des Krieges am meisten leidenden Menschheit ein wirklicher Ausblick in bessere Zeiten geboten werden soll, dann, wenn nicht der Geist der Verdrängung auf Seiten der Sieger, so doch der Sinn für praktische und vernünftige Lösung die Teilnehmer der Konferenz beherrschen muß.

Loucheur nach Washington berufen.

Paris, 9. Nov. Loucheur hat gestern Loucheur telegraphisch gebeten, an den Arbeiten der internationalen Konferenz von Washington teilzunehmen. Loucheur wird nächsten Samstag nach Amerika reisen.

Amerikas Abrüstungsprogramm.

Washington, 9. Nov. Der Korrespondent des „Welt Posters“ glaubt zu wissen, daß das Programm Amerikas auf der Abrüstungskonferenz folgendes sein wird: Die Staaten werden die Veröffentlichung aller geheimen Abkommen mit China verlangen, außerdem die Abschaffung aller politischen Einflussversuche. Unter diesen Bedingungen ist Amerika bereit, Japan wirtschaftliche Einflüsse in der südlichen Mandschurei und in der östlichen Mandschurei zuzugestehen, aber ohne politischen Einfluss und ohne militärische Befugnis. Im eigentlichen China soll das Prinzip der offenen Tür gelten. Amerika schlägt eine Art politischen Konventionsrat zur Wiederherstellung der Ordnung in China vor. Die wirtschaftlichen Bahnen sollen internationalisiert werden. Amerika wird außerdem die formale Auflösung des britisch-japanischen Bündnisses verlangen. Was die Abrüstung betrifft, so schlägt Amerika vor, prinzipiell gleiche Schritte der amerikanischen und britischen Marine. Amerika will auf die Befestigung der Philippinen und anderer im Stillen Ozean gelegenen Besitzungen verzichten, falls Japan seine nächsten-liegenden ebenfalls nicht befestigt. Was die Abrüstung der Landstreitkräfte anbelangt, so erkennt Amerika an, daß Frankreich Garantien haben müsse und wird der Konferenz vorschlagen, eine Erklärung abzugeben, wonach Deutschland im Falle eines Krieges die ganze zivilisierte Welt gegen sich haben werde.

3,3 Milliarden neue Noten.

Verpfändung von 3 Prozent des Goldbestandes.

Die Wochenberichter der Reichsbank vom 31. Oktober läßt die zu dem Monatsabschluss übliche Rückere Anstandspraktik der Bank erkennen. Die gesamte Kapitalanlage ist um 2857,4 Mill. Mark auf 99 916,2 Mill. Mark, die bankmäßige Deckung für sich genommen, um 6898,4 Mill. Mark auf 99 586,2 Mill. Mark gestiegen. Die Beiträge der angeforderten

Kredit sind der Bank zum großen Teil auf den Konten der fremden Gelder geblieben, die um 4915,4 Mill. Mark auf 18302,7 Mill. Mark zugenommen haben. Der Umlauf an Zahlungsmitteln weist eine neue erfreuliche Steigerung auf. An Banknoten allein sind 3383,5 Mill. Mark in den Verkehr abgeflossen; ihr Umlauf hat damit die Höhe von 91527,7 Mill. Mark erreicht. Die Verminderung des Goldbestandes um 30 Mill. Mark hängt mit der Bombardierung von Gold in der Schweiz zusammen. Wie bekannt hatte die Reichsbank zur Zahlung der am 31. August ds. Jrs. fälligen auf Grund des Ultimatums an die Schweiz zu leistenden Zahlungen den ausländischen, darunter auch den Schweizer Kredit in Höhe von insgesamt 370 Millionen Mark in Anspruch genommen. Angesichts der neuerlichen Botschaften über die sich der Verkauf eines größeren Betrages Schweizer Franken in kurzer Zeit ohne erhebliche Erschütterung der Devisenmärkte nicht bemerkbar lassen. Es erschien daher zweckmäßig, die Rückzahlung des in der Schweiz fälligen Teilbetrags zunächst durch im Bombardierung beschaffte Schweizer Franken zu bewerkstelligen. Mit Hilfe dieses Bombardierungsgeldes können die oben erwähnten Kredite (270 Mill. Mark) nunmehr vollständig abgedeckt werden. Die Kreditanträge, die an die Darlehenskassen zum Monatsanfang herangetragen, haben zu einer Vermehrung der Darlehensbestände um 1274,4 Mill. Mark auf 11958,4 Mill. Mark geführt.

Kleine politische Nachrichten.

Gegen den wilden Devisenhandel.

Berlin, 9. Nov. Das Reichskabinett hat gestern dem vom Reichswirtschaftsministerium eingebrachten Gesetzentwurf über den Verkehr mit Devisen, fremden Geldnoten u. Banknoten seine Zustimmung erteilt. Das Gesetz bestimmt, daß der Handel mit Devisen usw. an die Banken gebunden sein soll. Also nur durch die Vermittlung von Banken und Bankiers können in Zukunft Devisen und ähnliche Geldstücke abgekauft werden. Die Banken sind verpflichtet, von jedem, der ein Devisen- oder ähnliches Geschäft eingehen will, eine genügende Begründung zu verlangen. Ferner sind die Banken verpflichtet, über jedes abgeschlossene Geschäft nach Höhe, Kurs usw. einen Schlußschein auszustellen. Dieser Schlußschein muß den Finanzämtern überliefert werden. Die Finanzämter nehmen die überlieferten Schlußscheine zu den Steuerrollen. Der Gesetzentwurf wird binnen kurzem dem Reichstag und dem Reichsrat zugehen.

Japanische Bestellungen von Kriegsmaterial in Deutschland.

Berlin, 9. Nov. Wie aus Industriekreisen bekannt wird, liegen zur Zeit sehr umfangreiche Bestellungen der japanischen Regierung bei der rheinisch-westfälischen Industrie vor. In der Hauptsache handelt es sich um Dsch. u. Schiffsbau, die die japanische Regierung an Stelle der von Deutschland zu liefernden Schiffe zu erhalten wünscht.

Die Reparationsrate vom 15. November.

Berlin, 9. Nov. Im Reichstage trillte Finanzminister Dr. Gumbel mit, daß die am 15. November fällige Reparationsrate 275 Millionen Goldmark betragt. Sie ist durch die bereits geleisteten Sachlieferungen als abgepflegt. Wegen der Abänderung der Rate vom 15. Januar haben die Verhandlungen mit der Garantiekommision noch keine Klärung ergeben.

Feuerungskrawalle.

Berlin, 9. Nov. Wie der „Berl. Vol.-Kz.“ aus Schneidemühl meldet, ist in Grauberg und anderen Städten Polnisch-Westpreußens wieder zu Feuerungskrawallen gekommen. Eine große Anzahl Böden und Verkaufsstände wurden von der Volksmenge geplündert und auf dem Wochenmarkt in Grauberg wurde alles kurz und klein geschlagen.

Das tschechisch-polnische Abkommen.

Prag, 9. Nov. Dem „Bonedeln“ zufolge enthält das tschechisch-polnische Abkommen eine Bestimmung, wonach sich die beiden Staaten in Angelegenheiten, woran einer von ihnen nicht direkt interessiert ist, gegenseitige Neutralität verbürgen, während sie sich in den beiden Republiken verhandelnden Fragen gegenseitig unterstützen sollen. Das Abkommen ist nicht gegen Rußland gerichtet. Es enthält keinerlei territoriale Bestimmungen.

Finanz der norwegischen Staatsanleihe.

Kopenhagen, 9. Nov. „Berlingske Tidende“ wird aus Christiania telegraphiert: Auf die letzte norwegische Staatsanleihe von 200 Millionen Kronen, wozu 116 Millionen Kronen durch die Nationalbank für Norwegen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt wurden, waren am Ablauf der Zeichnungsfrist nur 20 Millionen Kronen gezeichnet.

Frankische Verpfändungspolitik im Elsaß.

Strasbourg, 9. Nov. Der Elsaßische Kurier meldet, daß die durch den Krieg im Oberelsaß angerichteten Sachschäden auf 2 1/2 Milliarden Franken geschätzt werden. 10 Prozent der zerstörten Häuser sind wieder hergestellt; 10 000 Häuser sind derzeit in Wiederherstellung begriffen. Die Zahl der Deutschen, die in Elsaß-Lothringen naturalisiert wurden, beträgt 30 000, darunter 20 000 Lothringer und 10 000 Elsässer. Dazu kommen noch 80 000 Deutsche, die

Kreisarchiv Calw

